Pfannkuch & C

Preiswerte
Futterartikel

Maisschrot
Maisfuttermehl
Mischfuttermehl
Kleie
Mischfutter
Hühnerfutter
Hirse
geschält und roh
Viehsalz

Pfannkuch & Co.,
Neuenbürg, Tel. 70.

Neuenbürg.
Ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
wird auf sofort oder später gesucht bei
Frau Werkmeister
Hermann Enßlin,
Gräfenhäusersteige 9.

Nettes gewandtes
Mädchen
für bürgerliche Wirtschaft gesucht, das morgens im Haushalt arbeitet und nachmittags und abends serviert. Guter Verdienst und Behandlung.
Angebote unter Nr. 60 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Suche für 15. Mai eventl. 1. Juni ordentliches, ehrliches
Mädchen,
nicht unter 16 Jahren, für Zimmer und Hausarbeit bei guter Behandlung und Bezahlung.
Frau **A. Schneider,**
Schömberg b. Wildbad.

Wildbad.
Ehrliche
Waschfrau
gesucht, welche die Küche gut behandeln kann. **Täglich 30 Mk. Gute Kost. Fahrt frei.**
Pension Jungborn.

Waldrennach.
Habe eine
Nutz- und Fahrkuh,

34 Wochen trächtig, mit dem 3. Kalb zu verkaufen, tausche auch ein **Rind** dagegen.
Wilhelm Stoll.

Feldgraue Hosen,
Manchesterhosen,
Buckskinhosen,
Engl. Lederhosen,
Lodenjoppen,
Drillchanzüge,
Blaue Arbeitsanzüge,
offeriert billigst
Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft, **Karlsruhe,**
Kronenstraße 52.

Bezugspreis:
vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 45.—. Durch die Post im Orts- und Nachbarortsverkehr sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 45.— mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Einspaltige Petitzeile oder deren Raum 1. Gezw. 1.50 ℳ außerhalb desselben 2.— ℳ einschließl. Inseratensteuer. Offerte u. Auskunftserteilung 50 ₰. Reklame-Zeile 5.— ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Wahrwerdens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Beilagen: Anzeigen Annahme tags vorher.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 104 | Neuenbürg, Freitag den 5. Mai 1922. | 80. Jahrgang.

Deutschland.

München, 4. Mai. Der elsäßische Sozialist Grumbach, der anläßlich der Maifeier hier weilte, und auch einen Vortrag halten wollte, der aber von der Polizei verboten wurde, ist gestern verhaftet worden. Ueber die Gründe der Verhaftung bewahrt die Polizeidirektion vorläufig tiefstes Stillschweigen. — Wie nunmehr offiziell bekannt wird, wird die Deutsche Gewerbeschau am Samstag, den 13. Mai, feierlichst eröffnet werden, und zwar in Gegenwart von Vertretern der Reichsregierung, der bayerischen Regierung, sowie aller deutschen Länder.

Berlin, 4. Mai. Der Reichsminister des Innern legte dem Reichstag eine Denkschrift über die deutsche Wanderung vor, nach der sich für die Kriegs- und Nachkriegszeit eine Einwanderung von 1 Million Menschen in Deutschland ergibt.

Berlin, 4. Mai. Zu der Bewerbung des Kasseler Oberbürgermeisters Scheidemann um den ersten Bürgermeisterposten in Fürstenwalde a. d. Spree und die hierfür ins Feld geführten Gründe schreiben die Blätter, daß diese Gründe nicht recht stichhaltig seien. Die Amtsgeschäfte in Kassel werden Herrn Scheidemann wohl aus einem anderen Grunde bedrücken. Unter seinem Regiment seien durch die sozialdemokratische Futterkrippenwirtschaft die Verhältnisse in Kassel so unhaltbar geworden, daß in der Stadtverordnetenversammlung sämtliche bürgerliche Fraktionen zusammenstehen. Herr Scheidemann werde wohl einsehen, daß er in Kassel ausgespielt habe.

Berlin, 4. Mai. In den Blättern aller Parteirichtungen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, äußert sich ein starker Unwille über den 24stündigen Proteststreik, den die städtischen Arbeiter der Bevölkerung heute auferlegt haben, weil den Kommunisten und Radikalsten unter den sogenannten Obleuten die Erklärung des Polizeipräsidenten über das Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen vor dem Rathaus nicht genügt habe. Dabei war diese Erklärung von einer für den unverbildeten Sinn kaum noch zu übertreffenden Weichheit.

Die ausländischen Sachverständigen gegen die Fälschungen Eisners.

München, 4. Mai. Die Beweisaufnahme im Prozeß über die Dokumentenfälschung Eisners ist nunmehr abgeschlossen. Als letzten Trumpf hatten sich die Beklagten die Vorlage einer Anzahl von Gutachten ausländischer Gelehrter und Sachverständiger vorbehalten. Diese Gutachten kommen samt und sonders zu dem Resultat, daß es sich bei der Eisnerschen Publikation um eine der rücksichtslosesten und offenkundigsten Fälschungen der Geschichte handle. Diese Worte finden sich buchstäblich so in dem Gutachten des französischen Historikers und Professors an der Sorbonne, Edmard du Jardin. Das frühere englische Unterhausmitglied Joseph King, der der Arbeiterpartei angehört und infolgedessen der deutschen Revolution sympathisch gegenüberstehe, erklärt in seinem Gutachten, daß die Aenderungen und Auslassungen in dem Schönschen Bericht darauf berechnet seien, das Publikum irrezuführen, und auf eine überlegte Fälschung hinauslaufen. Zu dem gleichen Urteil kommen der italienische Historiker Baron Lombroso, der holländische Gelehrte Verrsluys, der, nebenbei bemerkt, auch Mitglied der neutralen Schuldkommission ist, der schwedische Historiker und Professor an der Universität Lund, Böök, der amerikanische Historiker und Staatsrechtslehrer an der Northampton-Universität in Massachusetts und Sidney, B. Fay, und endlich der Generalstaatsanwalt Ernesto Quesada, Professor für internationales Recht an der Universität Buenos Aires.

Es steht also vor der Geschichte fest, daß das In- und Ausland Eisner vor Gericht der bewußten Fälschung und absichtlichen Irreführung zeihen. Auf Grund der Fälschungen Eisners aber ist die Kriegsschuld Deutschlands für alle Zeiten in dem Versailler Akt dokumentiert worden. Der weitere Verlauf des Prozesses wird sich so gestalten, daß die Plaidoyers, die gestern bereits begonnen haben, wohl noch den heutigen und auch den morgigen Tag in Anspruch nehmen werden. Das Gericht wird dann die Verteidigung bis Mitte oder Ende nächster Woche ansetzen, denn bei der Urteilsbegründung ist es notwendig, daß jedes Wort und seine Begründung nicht ein Gerichts-, sondern ein Weltgeschichtsdokument bedeuten wird.

Großaktion gegen die Schuldlüge.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Deutsche Offiziersbund, der Reichsoffiziersbund 1920 und der Verband nationalgesinnter Soldaten beabsichtigen am 28. Januar, der Wiederkehr des Tages, an dem vor 3 Jahren der Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet wurde, große Kundgebungen im ganzen Reich gegen die den deutschen Nachkriegsregierungen abgepreßte Schuldlüge zu veranstalten. Um in dieser Angelegenheit nach außen hin möglichst die Einheit des deutschen Volkes zur Darstellung zu bringen, fordern die genannten Verbände alle Vereine und Verbände — ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit — auf, in allen Teilen des Reiches am 28. Juni gleiche oder ähnliche Kundgebungen abzuhalten.

Ausland.

Ministerrat in Paris.

Paris, 3. Mai. Ministerpräsident Poincare hat der heute mit großer Feierlichkeit stattgefundenen Beerdigung Deschanels nur teilweise beiwohnen können, weil er sofort nach der Ankunft Barthous mit diesem eine lange Besprechung hatte. Im Mittelpunkt der Beratungen stand zunächst noch nicht der Vertrag von Rapallo oder die Tagung des Obersten Rates und in diesem Zusammenhang die am 31. Mai gegen Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen, sondern die Verweigerung der Unterschrift unter das russische Memorandum. Ob der Petroleumvertrag zwischen Rußland einerseits und Holland und England andererseits tatsächlich abgeschlossen würde oder nicht, bleibe für Frankreich gleichgültig. Es wolle auf keinen Fall ein weiteres Rapallo erleben. Poincare machte Lloyd George die heftigsten Vorwürfe wegen der mit seiner Einwilligung erfolgten Verletzung der Resolution von Cannes und ist daher gewillt, Belgien keineswegs im Stich zu lassen, das bekanntlich durch die Verweigerung seiner Unterschrift dartun wolle, daß Sowjetrußland gar kein Recht hat, über belgisches Eigentum zu verfügen. Solange die Russen das Privateigentum nicht anerkennen wollen, verweigere Frankreich unbedingt den Abschluß irgendwelcher Wirtschaftsverträge mit Rußland.

Die Konferenz in Genua.

Ein Beharren Lloyd Georges auf der Signatar-Konferenz.

Nach einer Genueser Drahtung der „Voss. Ztg." bestehe Lloyd George darauf, daß die Signatarmächte von Versailles sich in Genua und nicht anderswo vor dem 31. Mai treffen sollen.

Besprechung der deutschen Führer mit Lloyd George über Deutschlands innere Lage.

Genua, 4. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsaußenminister Rathenau sind heute vormittag von dem englischen Ministerpräsidenten zu einer Besprechung gebeten worden. Es handelt sich um eine Aussprache über die innere Lage in Deutschland im Zusammenhang mit der deutschen Außenpolitik. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß Wirth und Rathenau in dieser Besprechung auch das Reparationsproblem anschneiden werden.

Annahme der Kommissions-Entschließungen.

Genua, 3. Mai. Evans begründete seinen Antrag auf Annahme der Anträge der Finanzkommission mit folgenden Ausführungen: Wenn auch einige der Brüsseler Finanzbeschlüsse von 1920 in Genua wieder zur Geltung kommen würden, so seien die Genueser Finanzberatungen doch mehr als eine bloße Wiederholung von Brüssel. Die erste Resolution stellt fest, daß die Stabilisierung der Währung das Haupterfordernis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas sei. Das Haupterfordernis auf dem Wege zur Währungsstabilisierung sei die unbegrenzte Vermehrung der Zahlungsmittel. Daher müßten zunächst der Notenpresse Beschränkungen auferlegt und das Budget eines jeden Staates durch Besteuerung ausgeglichen werden. Die Währungsstabilisierung beruhe jedoch durchaus nicht auf einer bestimmten Markparität. In manchen Ländern könnte die Stabilität durch Festsetzung einer dem Wechselkurs der Münzeinheit mehr angenäherten Parität erreicht werden. Falsch sei es, anzunehmen, daß die Rückkehr zum Grundstandard die Lösung aller Schwierigkeiten bedeute. Der letzte Teil der Genueser Leitsätze handelt vom Kredit, und zwar werde nach Ansicht des Redners das Anleihekapital nach Stabilisierung der Währung und der Wechselkurse reichlich aus allen Ländern mit Ueberfluß an Leibkraft in Länder fließen, die Hilfe von außen brauchen. Ferner wies der Redner auf die geplante Gründung der zentralen internationalen Korporation und der ihr angegliederten nationalen Gesellschaften hin. Fast alle in Genua vertretenen Regierungen hätten sich, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Parlamente, verpflichtet, solche nationalen Gesellschaften zu gründen und das dafür nötige Kapital aufzubringen. Das gesamte Kapital werde von der unter britischen Gesetzen korporierten zentralen internationalen Korporation kontrolliert werden. Zum Schluß empfahl der Redner noch einmal sämtliche Leitsätze, die nach Anhörung der bekanntesten und erfahrensten Sachverständigen der ganzen Welt aufgestellt worden seien, zur Annahme.

Die französischen, italienischen, holländischen und schweizerischen Delegierten äußerten darauf ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Finanzkommission. Tschitscherin betonte in seiner Rede, die russische Delegation habe alle Anstrengungen gemacht, um mit bestem Willen an den Kommissionsarbeiten mitzuarbeiten. Die in den letzten Jahren in Rußland geschaffene Lage habe ihr jedoch nicht eine Mitwirkung in dem gewünschten Umfange ermöglicht. Die russische Delegation glaube, daß der Wiederaufbau Europas nicht beschleunigt werden könne, ohne daß die finanziell starken Staaten den schwachen Hilfe leisten. Es seien unbedingt Kredite unter den verschiedenen Regierungen nötig und es müsse eine Monopolisierung des Handels vermieden werden. Diese Vorschläge müßten aber zur praktischen Verwirklichung kommen, damit sie zur wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung der Welt führen.

Nach Tschitscherin ergriff der deutsche Delegierte Dr. Rathenau das Wort, um auszuführen, daß jedermann anerkennen müsse, daß die Kommission ausgezeichnete Arbeit geleistet habe. Rathenau ging besonders auf die Arbeiterfragen ein und sagte, daß 10 Millionen Arbeitslose in der Welt festgestellt worden seien. Wenn man die Familien mitzähle, so bedeute das ein ungeheuer großes Volk, dessen Angehörige von dem festen Willen und von dem heißen Wunsch zur Arbeit beseelt, arbeitsfähig, doch ihre Arbeitskraft unverwertet lassen müßten. Die Gründe dieser höchst beklagenswerten Situation seien in äußerst klarer Weise durch die in Genua versammelten besten Sachverständigen der Welt dargelegt worden. Vor allem seien es die riesigen Lasten, die sich aus den Verpflichtungen und aus den Folgen des Krieges ergeben. Diese Lasten haben wirtschaftliche Schwierigkeiten verursacht, die sich durch gewisse, wirtschaftspolitische Maßnahmen der Nachkriegspolitik noch verschlimmert haben. Rathenau ging sodann besonders auf die Valutakrise ein, indem er fortfuhr, daß die Schuldnerländer, die gezwungen seien, sich Auslandsdevisen durch Ausfuhr ihrer Waren zu verschaffen, sich in scharfem Wettbewerb mit ihren Gläubigern auf dem gleichen Markte träfen. Die Schuldnerländer seien dem schärfsten Verkaufszwang ausgesetzt. Aber diese Notverkäufe machten diese Länder nicht wohlhabend, und gäben ihnen keine Kaufkraft zur Befriedigung ihrer eigenen Wünsche. Trotz intensiver Arbeit nehme der Wert ihres Geldes ab. Ihre Kaufkraft sinke und der Weltmarkt schrumpfe mit der Abnahme der Kaufkraft weiter zusammen. Um ihre Märkte zu schützen, erlassen die Gläubiger-Länder gegen den Import des Schuldners Einfuhrverbote und hohe Zölle. Folglich seien die Schuldner, die trotz allem Zahlungsmittel beschaffen müßten, in verschärfter Notlage. Rathenau schloß mit den Worten, daß Deutschland die Hoffnung nicht aufgebe, daß die Vertreter der großen Nationen gegenüber den unerbittlichen Tatsachen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens einen Weg zu einer energischen und erfolgreichen Zusammenarbeit finden werden.

Die Ausführungen des deutschen Delegierten wurden mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt. Hierauf machte der italienische Delegierte Bertholini noch einige kurze Ausführungen. Im Anschluß daran wurden die Beschlüsse der Finanzkommission nach den entsprechenden Artikeln verlesen. Da ein Einspruch gegen diese Beschlüsse nicht erhoben wurde, erklärte der Präsident de Facta sie als angenommen.

England zu einem Sonderabkommen mit Rußland bereit.

London, 3. Mai. „Daily Expreß" meldet aus Genua, daß Lloyd George Barthou aufgetragen habe, Poincare mitzuteilen, daß, wenn es nicht gelinge, eine gemeinschaftliche Lösung mit den Russen zu treffen, England sich gezwungen sehe, einen Sondertrag mit Rußland abzuschließen. Nach den „Times" haben die Russen das Memorandum nur als Mittel gebraucht, um nochmals für sich Propaganda zu machen, im übrigen lasse es sie aber kalt. Wenn sie mit den verschiedenen Mächten Sonderabkommen treffen könnten, würden sie das vorziehen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 3. Mai. (Bekämpfung des Hederichs.) Der Schaden, den der Hederich alljährlich auf unseren Feldern anrichtet, geht in viele Millionen. Derartige Schäden sind in unserer Zeit doppelt schmerzlich, weil unter ihnen einmal die noch lange nicht sichergestellte Volksernährung leidet, und dann die von den Landwirten zur Steigerung der Produktion getroffenen Maßnahmen, wie vermehrte Düngung durch künstliche Düngemittel, Einführung verbesserten Saatguts und ertragreicher Sorten, verbesserte Kulturmethoden usw. in ihrer Wirkung ganz wesentlich beeinträchtigt werden. Wo eine Hederichspritze vorhanden ist, sollte diese jetzt schon instand gesetzt werden. Wo sie fehlt, kann als Vertilgungsmittel gegen Hederich feingemahlener Kainit oder Kalkstickstoff oder auch eine Mischung von beiden ebenfalls mit Erfolg verwendet werden. Von Kainit allein sind zirka fünf bis sieben Zentner pro Tagwerk zu streuen, vom Kalkstickstoff 70 Pfund; die Mischung der beiden Mittel kann je nach der beabsichtigten Düngewirkung mehr Kainit oder mehr Kalkstickstoff enthalten. Die Notwendigkeit eines energischen Vorgehens gegen den Hederich wird von allen einsichtigen Landwirten schon längst eingesehen.

Feldrennach, 4. Mai. Durch alle deutschen Zeitungen wird bekanntgegeben, daß in diesem Jahre mehrere hunderttausend Deutschamerikaner unser am Boden seiner wirtschaftlichen Kraft liegendes deutsches Vaterland besuchen werden. Mit sehr gemischten Gefühlen und schweren, ernährungspolitischen Bedenken sehen wir dem Ankommen unserer trotzdem lieben Auslandsdeutschen entgegen. Nach dem Stande der Papiermark contra Dollar sollte es allerdings möglich sein, daß jeder Amerikaner sich bei uns splendid zeigt und unserer Not entsprechend steuert, so etwa, wie dies die in Amerika lebenden Angehörigen der Nachkommen unseres früheren Schultheißen Schönthaler kürzlich getan haben. Sie haben nämlich zur Reparatur unserer alten Kirche und Orgel 28 000 M. an die arme Kirchengemeinde gesendet. Möge diese Opferwilligkeit noch bei vielen „Deutschen" baldige Nachahmung erzeugen. Den lieben Schönthalern aber sei herzlich auch auf diesem Wege gedankt.

Württemberg.

Stuttgart, 3. Mai. (Der Württ. Weinbauverein) hält seine diesjährige ordentliche Jahresversammlung am Pfingstmontag, 5. Juni, im Bürgermuseum in Stuttgart ab. Außer dem Jahresberichte des Vorsitzenden und dem Bericht über den Stand der Weinberge in den verschiedenen Gegenden des Landes steht auf der Tagesordnung ein Vortrag von Oekonomierat Mährlen, Weinsberg, über die Düngung der Weinberge, unter Berücksichtigung des Mangels an natürlichem Dünger, und daran wird sich anschließen eine Aussprache über die Schädlingsbekämpfung, die von Prof. Dr. Meißner, Weinsberg, eingeleitet wird. Der Ausschuß des Württ. Weinbauvereins hat sich in seiner letzten Sitzung der Eingabe des Deutschen Weinbauverbandes gegen die neue steuerliche Belastung des Weines angeschlossen. Nach dem im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf würde den Gemeinden das Recht gegeben, Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Wein und anderen Getränken zu erheben. Es würde zu der Weinsteuer von 20 Prozent, zu der Umsatzsteuer von 2 Prozent noch eine Gemeindesteuer von 2 Prozent hinzutreten, so daß die Verbrauchsabgabe auf Wein künftig ein volles Viertel seines Wertes betragen würde. Der Deutsche Weinbauverband hat die Streichung des betreffenden Gesetzesparagraphen beantragt. Zur Frage der Weineinfuhr aus Spanien hat der Ausschuß auf eine Anfrage der Handelskammer Stuttgart Stellung genommen und zum Ausdruck gebracht, daß im Interesse des Erzeugers jede Einfuhr grundsätzlich abzulehnen sei. Wenn die Einfuhr nicht größer würde, wie vor dem Krieg, so könnte darin eine große Gefahr für den einheimischen Weinbau nicht erblickt werden. Sollte aus wirtschaftlichen Gründen eine Einfuhr notwendig werden, so sollte sie sich auf kleine Mengen beschränken. Als Ort für die Herbsttagung des Weinbauvereins wurde Marbach in Aussicht genommen.

Stuttgart, 4. Mai. (Keine Streikunterstützung.) Die kommunistischen Anträge auf Unterstützung der streikenden Metallarbeiter wurden in der inneren Abteilung des Gemeinderats abgelehnt. Es sollen nur Unterstützungen gegeben werden in dem Maß, wie sie in andern Fällen der Not von der Stadtverwaltung allgemein gewährt wird.

Rottweil, 4. Mai. (Versuchter Mord.) Das Schwurgericht verhandelte gegen den Händler Gottfried Bihler von Reutlingen, der im Oktober v. J. vom Landjäger in Epfendorf wegen Verdachts des Schleichhandels mit Schnaps angehalten wurde. Bihler täuschte damals körperliche Gebrechen vor und entfloh, um auf dem Bahnhof Rottweil eine Schnapsschleichhandelssendung in Empfang zu nehmen. Dort wurde er wiederum von einem Landjäger abgefaßt, weigerte sich aber weiter zu gehen und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

feuerte einen Schuß auf den Landjäger ab. Nur mit Mühe konnte Bihler überwältigt werden. Nach seiner Verhaftung verweigerte er jede Auskunft und stellte sich geisteskrank. Die ärztlichen Sachverständigen erklärten ihn aber für zurechnungsfähig und sein Verhalten als Simulation. Die Geschworenen erkannten auf versuchten Totschlag. Das Gericht verurteilte Bihler zu 1 Jahr 10 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Schwenningen, 4. Mai. (Leichenfund.) An der Burg Böhrenbach wurde an einem Baum ein gut gekleideter junger Mann erhängt aufgefunden. Außer Geld fand man in seiner Brieftasche ein sehr gutes Zeugnis vor, lautend auf den Namen Franz König aus Rottweil. Wer der so unglücklich aus dem Leben geschiedene junge Mann ist, wird die Untersuchung ergeben.

Friedrichshafen, 4. Mai. (Abgelehnt.) Die Arbeiterschaft hat das Anerbieten der Großbetriebe zur Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt, solange die Organisationen eine Einigung nicht erzielt haben.

Langenargen, 2. Mai. (Selbstmord.) Der verheiratete Kaufmann Veigl, der vor dem Krieg in Straßburg ansässig war und sein Vermögen durch die veränderten Verhältnisse verloren hat, sprang in einem Anfall von Schwermut in den See. Seine Leiche wurde bereits geländet.

Mergentheim, 4. Mai. (Die deutsche Einigkeit.) In der „Tauberzeitung" lesen wir folgende, für die deutsche Einigkeit und Brüderlichkeit bezeichnende Beschwerde: Im Sommerfahrplan soll der Stuttgarter (Berliner) Abendschnellzug in Lauda keinen Anschluß mehr nach Bad Mergentheim bekommen, weil derselbe 25 Minuten später gelegt ist. Diese Maßnahme während der Kurzeit bildet für Mergentheim eine Zurücksetzung, die wir nicht stillschweigend hinnehmen können. Da es sich um einen Zug handelt, der von Württemberg gefahren wird, sollte von Stuttgart aus dahin gewirkt werden, daß die Bedürfnisse der württembergischen Badestadt Mergentheim von Karlsruhe aus nicht derart ignoriert werden. Wir bitten dringend um nochmalige Prüfung und Berücksichtigung wenigstens während der Kurzeit.

Preistreiberei mit Milch und Milcherzeugnissen.

Stuttgart, 3. Mai. Ueber die Bemessung der Preise für Milch und -erzeugnisse enthält ein Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 9. März 1922 folgende Ausführungen:

„Der Angeklagte, der Mitinhaber einer Großkäserei ist, vereinbarte nach Aufhebung der Zwangswirtschaft von Milch und deren Erzeugnissen mit seinen Milchlieferern einen Milchpreis zunächst nicht, weil die Milchlieferer sich zu einem festen Preis nicht verstanden, sondern die Entwicklung der Marktpreise für die Milcherzeugnisse abwarteten. Sie wollten mit dem Eintritte der freien Wirtschaft an dem Gewinn aus den Milcherzeugnissen Anteil haben und entweder selbst die Verarbeitung der in ihren Betrieben erzeugten Milch in die Hand nehmen oder die Verarbeiter der Milch veranlassen, ihnen entsprechend der allgemein erwarteten Preissteigerung für Butter und Käse höhere Milchpreise zu gewähren. Diesen Standpunkt nahmen auch die Landwirte der Gemeinde B. ein, denen der Angeklagte im Mai und Juni 1921 für den Liter Milch den Höchstpreis von 1,40 M. gezahlt hatte. Um einen Druck auf den Angeklagten auszuüben, kündigten sie ihm am 25. Juli 1921 für den kommenden 1. August die Lieferung der Milch mit dem Beifügen, daß sie von diesem Zeitpunkt an die Milch selbst verkäsen und verbuttern wollten.

Der Angeklagte befürchtete nach seiner Behauptung, seine sämtlichen Molkereien zu verlieren, wenn er den Milchlieferern nicht die Preise bewilligen würde, die selbstkäsende Genossenschaften im Juli 1921 herausgewirtschaftet hatten. Auf Grund seiner Erkundigungen habe er sich einen Milchpreis von etwas über 2 Mark für den Liter errechnet. Er habe sich deshalb für berechtigt gehalten, den Milchlieferern einen Preis von 2 M. zuzugestehen. Diesen Preis habe er für bedenkenfrei erachtet, weil die ihm zugrunde gelegten Butter- und Käsepreise sich auf dem freien Markte gebildet und weil die Behörden selbst die Preisbildung auf dem freien Markte für diese Milcherzeugnisse als künftig für den Milchpreis maßgebend erklärt hätten. Aus diesem Grunde habe er auch am 27. Juli und 2. August 1921 in öffentlichen Versammlungen entgegen der Ansicht verschiedener Versammlungsteilnehmer die Meinung vertreten, daß die Käser den Landwirten 2 M. für den Liter Milch zahlen müßten, wenn sie im Bezuge der bisher gelieferten Milch bleiben wollten.

Der Angeklagte vereinbarte nicht nur mit den Landwirten von B., sondern mit allen seinen Milchlieferern einen Preis von 2 M. für den Liter Milch, und zwar mit Rückwirkung auch für den Monat Juli 1921.

Daß der Angeklagte durch sein Handeln den Milchpreis vorsätzlich gesteigert hat, unterliegt keinem Zweifel. Der Preis, den die Landwirte für die in ihren Betrieben erzeugte Milch in Anspruch nahmen, war nicht nach den Gestehungskosten berechnet, sondern schloß einen Anteil an dem Gewinn in sich, den die Verarbeiter der Milch erzielten."

Hiernach enthielt der Preis, den die Milchlieferer von dem Angeklagten für die Milch bekamen, einen übermäßigen Gewinn. Die Ansicht, daß bei der Preisbestimmung die Verwertungsmöglichkeit der Milch bei Verarbeitung zu Butter und Käse zu berücksichtigen sei, kann als richtig nicht anerkannt werden. **Nicht nach dem Preise der Erzeugnisse, die aus der Milch hergestellt werden sollen, darf beurteilt werden, ob der von dem Erzeuger der Milch geforderte Milchpreis zu einem übermäßigen Gewinn für ihn führt, sondern nur nach seinen eigenen Gestehungskosten. Der Preis der Milcherzeugnisse dagegen ist nach dem Preise des Rohproduktes, der Milch, zu bemessen.** Ein Recht der Milchlieferer auf Anteilnahme an dem Gewinn der Verarbeiter der Milch besteht demnach nicht.

Auch der Preis, zu dem die Käser ihre Erzeugnisse auf der Butter- und Käsebörse in Kempten absetzten, bedeutete für sie einen übermäßigen Gewinn, weil zu der in Betracht kommenden Zeit für Butter und Käse eine normale Marktlage nicht bestanden, sondern sich eine **Notmarktlage** für diese Waren gebildet hatte. Wie allgemein bekannt ist, setzte nach Aufhebung der Zwangswirtschaft in den Kreisen der Verbraucher eine sehr große Nachfrage nach Milcherzeugnissen ein. Die Verbraucher bestürmten den Kleinhändler, die Kleinhändler den Großhändler, die Großhändler den Hersteller von Milcherzeugnissen um Lieferung von Käse und Butter. Die Folge war eine sehr große Knappheit in diesen Waren. Die Preise dafür gingen sprungweise, ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten, in die Höhe, die wirtschaftliche Notlage wurde von den Herstellern von Milcherzeugnissen nach Möglichkeit ausgenützt, der Preis ständig hinaufgesetzt. Ein wirksamer und gerechter Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage war infolge der Warenknappheit nicht möglich."

Baden.

Freiburg, 3. Mai. Die Spekulation auf die Leichtgläubigkeit oder Dummheit der Mitmenschen bleibt nach wie vor ein lohnendes Geschäft für die Gaunerzunft. Ein 23jähriger „Schriftsteller" Anton Erath aus Laupheim (Württ.), der sich fälschlicherweise für einen promovierten Dr. phil. und Dozenten ausgab, Sterndeuter, Okkulist und Teufelsaustreiber sein wollte, prellte mit diesen Vorspiegelungen eine Frau in St. Georgen bei Freiburg, bei der er längere Zeit wohnte, um den Betrag von zusammen 5500 M. Einer Professorenfamilie in Emmendingen schwindelte er 20 000 M. ab, die er zu einem kostspieligen Lebenswandel und zur Anschaffung eines Motorrades verwendete. Das Vertrauen der Professorsleute, insbesondere der Frau, gewann er mit der Behauptung, er sei imstande, ihren in einer Krankenanstalt befindlichen Sohn aus der Ferne auf telepathischem (übersinnlichen) Wege heilen zu können. Auf den Rat des E., der als „Hellseher" prophezeite, die Franzosen würden zu Beginn des Jahres 1922 in Baden einrücken und dann würde kein Stein auf dem andern bleiben, verkaufte die Professorsfamilie ihr Haus in Kenzingen. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Schwindler zu der verhältnismäßig milden Strafe von 20 Wochen Gefängnis. — Die Butternot in den Städten wird durch die Tatsache beleuchtet, daß vor dem Kornhaus auf dem Münsterplatz, wo die Gesellschaft „Stadt und Land" an den Samstagen Butter zum Verkauf bringt, die Butterliebhaber sich schon in der Nacht zuvor, von 1 Uhr morgens ab einfinden, um nach sechs- bis siebenstündigem Harren ein halbes Pfund Butter kaufen zu können.

Heidelberg, 3 Mai. Das Verschwinden der Tochter des Professors Salomons findet jetzt auf eine sehr natürliche Weise seine Aufklärung. Prof. Salomon erhielt von seiner Tochter ein Telegramm, daß sie, einer plötzlichen Eingebung folgend, einer zurückliegenden Einladung einer Patentante gefolgt sei. Da sie darüber keinerlei Nachricht nach Hause kommen ließ, mußte man annehmen, es sei ihr etwas zugestoßen.

Schwetzingen, 2. Mai. Von dem am Samstag an der Bahnstrecke Schwetzingen-Friedrichsfeld gestohlenen Leitungsdraht ist etwa die Hälfte im Walde gegen Rheinau zu wieder aufgefunden worden. Der oder die Spitzbuben konnten die etwa 70 Kilo wahrscheinlich nicht weiter tragen.

Mannheim, 3. Mai. Gestern vormittag stürzte sich eine 46 Jahre alte Kaufmannsehefrau in geistiger Umnachtung aus ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen sie gleich darauf starb.

Vermischtes.

Die Folgen einer unsinnigen Wette. Der 19jährige Gelegenheitsarbeiter Alfred Diemer in Bad Homburg verpflichtete sich infolge einer Wette, einen halben Liter Schnaps in einem Zug auszutrinken. Das hat er auch getan, sank aber darauf tot zu Boden.

1922 ein gutes Obstjahr? Das vorige Jahr brachte unseren Obstbäumen einen besonders günstigen Fruchtknospenansatz. Da ein großer Teil der Obstbäume schon in Blüte und die Bienen zum Ausflug bereit sind, sehnt der Obstzüchter statt des kühlen, regnerischen April gerade jetzt warme, sonnige Tage herbei.

Wie lange reicht der Eisenvorrat der Erde? Diese Frage ist nicht ganz nebensächlich. Der Eisenverbrauch geht geschichtlich zwar weit zurück. Schon die Aegypter haben 2000 Jahre vor Christus Eisen- und Stahlgeräte gekannt, ebenso die Assyraten (Chinesen, Indier, Babylonier, Assyrer) in grauer Vorzeit. Aber erst die Neuzeit hat einen gewaltigen Eisenverbrauch mit sich gebracht. Der erste Band des kleinen Brockhaus, ein wertvolles Nachschlagebuch in vier Bänden, schreibt darüber: „Da der Weltverbrauch an Eisen allein während des 19. Jahrhunderts von 2 auf 50 Millionen Tonnen jährlich stieg (Gesamtverbrauch bis jetzt etwa 900 Millionen Tonnen), so dürfte der Eisenvorrat der Erde in wenigen Jahrhunderten erschöpft sein."

Unerschwingliche Lebensmittelpreise in Oesterreich. Die Preissteigerungen in Wien haben dieser Tage eine katastrophale Wendung genommen. Nachdem das Fleisch bereits 4200 Kronen das Kilo kostet, wird nunmehr der Preis für ein Brot auf 740 Kronen erhöht. Ein kleines Stück Weißgebäck kostet 46 Kronen. Gleichzeitig wird die Erhöhung für die oberschlesische Kohle vorgenommen. Ein Kilo oberschlesischer Kohle kostet 70 Kronen. Zu diesen Erhöhungen kommen noch die Erhöhungen der Posttarife und der Telephontarife und ab 1. Mai eine bedeutende Erhöhung aller Wohnungsmieten. Die Wiener Zeitungen erhöhen den Preis für die Sonntagsausgabe auf 76 Kronen, für die Wochentagsausgabe auf 70 Kronen und für die Abendausgabe auf 20 Kronen.

Der „Wunderdoktor von Homburg" †.

Gustav Adolf Müller-Czerny, der sich mit Vorliebe auch noch den Beinamen Egon Roderich gab und in Gonzenheim bei Homburg im Rosengarten eine Villa bewohnte, wo er jeden Freitag und Samstag den Besuch von vielen hundert kranken Personen erhielt, da sein Ruf als „Wunderdoktor von Homburg" weit über die Provinz hinausging, ist am Freitag im Homburger Krankenhaus nach einer Blasenoperation gestorben. Er hatte ein Alter von 59 Jahren erreicht. Müller-Czerny, früher Journalist, war ein Sohn des bekannten Frankfurter Journalisten Müller-Mentz und ein Bruder des jüngst verstorbenen Müller-Herfurth. Er gab seit Jahren ein Wochenblättchen heraus, das sich durch viele Seltsamkeiten auszeichnete. Während des Krieges bekam er plötzlich die Ideee, daß er Kranke heilen könne, daß er gesund, krank- und totbeten könne, er machte darüber seinen näheren Bekannten Mitteilung, die sich über seine Auslassung lustig machten. Plötzlich hörte man, daß er sich in Gonzenheim bei Homburg als Wunderdoktor niedergelassen habe und großen Zuspruch finde. Die Behörde hat sich ein paarmal mit ihm beschäftigt, doch wurden die gegen ihn eingeleiteten Verfahren wieder eingestellt, weil sich zahlreiche Personen rasch fanden, die erklärten, von ihm geheilt worden zu sein. Diese „Heilungen" gingen sehr rasch vor sich. Müller-Czerny strich dem Patienten über den kranken Körperteil, sprach ein paar, mehr oder minder religiöse Worte und erklärte dann den Patienten für geheilt. Aus weiten Teilen Deutschlands kamen die Leute zu ihm, er hatte glänzende Einnahmen, kaufte sich eine Villa und mußte, da er den Zudrang nicht allein bewältigen konnte, noch Bedienungspersonal zulegen. Er nahm Massenheilungen vor, die nichts kosteten, wer aber privat behandelt sein wollte, mußte mindestens fünfzig Mark bezahlen. So hatte er denn im Laufe von wenigen Jahren ein sehr stattliches Vermögen erworben, der Zuspruch war so groß, daß er schließlich zwei Heiltage einrichtete, Freitag und Samstag. Er nahm auch Fernheilungen vor. Täglich kamen zahlreiche Briefe an ihn von Patienten, welche Geld zur Fernheilung enthielten. Die Aerzte haben vergebens gegen diese Müllersche „Heilkunst" Stellung genommen, der Zuspruch hat nicht nachgelassen. Er hat es auch verstanden, eine ansehnliche Reklame mit angeblichen Blindenheilungen zu machen. Er führte höchst seltsame Redensarten, erklärte, daß in ihm der Geist des verstorbenen mächtigen Bischofs Roderich sei, der ihm Heilkraft verleihe, zuweilen erklärte er, daß sogar Gott in ihm sei, im zivilen Leben sei er ein armer Mensch, wenn er aber zu heilen anfange, dann sei er von Gott begnadet. Er war übrigens sehr vorsichtig, er erklärte, daß es ihm nur gelinge, 70 Prozent Kranke zu heilen. Wer nicht gesund werde, der gehörte zu den 30 Prozent, die nicht geheilt wurden. Uebrigens war der Wunderdoktor durchaus nicht knauserig. In Frankfurter Kaffees und Restaurants, wo er verkehrte, war er bei den Kellnern wegen seines reichlichen Trinkgeldes sehr beliebt. Ein Frankfurter Rechtsanwalt hat im Auftrag seiner Frau, die von ihm getrennt lebte, sofort das ganze Besitztum mit Beschlag belegen lassen, die Räumlichkeiten wurden nunmehr den ganzen Tag einer gründlichen Untersuchung unter-

Gerechtigkeit.

Roman von Eduard Appel.

6. (Nachdruck verboten.)

„Aber wie konnte er zugeben, wie konnte er schweigen und einen Unschuldigen verurteilen lassen?"

„Er hatte ja davon keine Ahnung. Er war nur auf einem kurzen Urlaub hier und mußte sich nach Beendigung desselben wieder einschiffen. Da er dann von Europa lange nichts sah und hörte und keine europäische Zeitung in die Hand bekam, erfuhr er auch kein Wort von der bösen Geschichte."

„Gräßlich! Gräßlich!" rief Klara, die Hände ringend.

„Sie können ja, wenn Sie alles gehört haben, tun, wie Sie wollen: Sie können unsere Entdeckung verschweigen oder Borr dem Gericht ausliefern; aber ich lege Ihnen ans Herz, nichts zu übereilen und alles wohl zu überlegen.

Ihr Vater hat seine Strafe abgebüßt — leider ungerechterweise — aber er hat sie verbüßt und ist wieder frei. Hier können Sie nichts mehr nützen. Ihn aber können Sie vollständig vernichten — und er ist ein Ehrenmann, ein [illegible] der für den Nachbarn sein Leben hergebe. Ich schätze ihn sehr und es tät mir leid um ihn.

„Kommen Sie heute abend zu uns und schauen Sie sich die Bescherung an. Ich erzähle Ihnen dann ausführlich den ganzen Hergang. Werden Sie kommen?"

„Gut! ich komme. Ich brenne ja darauf, alles zu erfahren."

„Also auf Wiedersehen — beim Christbaum. Leben Sie wohl!"

Er reichte ihr die Hand und ließ dabei einige Sekunden warm seinen Blick auf dem ihren ruhen. Dann ging er.

Klara sah ihm nach.

„Braver Mensch," dachte sie, „treuer, treuer Freund." Aber dann auch wieder der Gedanke an all das Gräßliche, das sie eben erfahren hatte und traurig sank ihr Kopf auf ihre Brust nieder.

O! was sollte sie tun? Wir würde das enden? Borr oder ihr Vater — einer mußte geopfert werden.

III.

Es war am zweiten Weihnachtstage, als Decker, jener Fremde, welcher eines Abends so überrascht bei der Familie Decker eingekehrt war, zum Ausgehen angezogen, im Wohnzimmer seiner Frau gegenüberstand. Düster starrte er vor sich hin, während sie ihren strengen Blick auf ihn gerichtet hielt.

„Es ist ja nicht denkbar," sagte sie finster, „wie wir weiter miteinander leben sollen. Es wird immer etwas zwischen uns stehen."

Decker ließ den Kopf tiefer sinken, dann murmelte er: „Ich verstehe dich."

„Es ist alles in mir erstorben," fuhr Frau Decker kalt fort — „wenn ich auch wollte, es geht nicht. Du bist mir fremd, völlig fremd geworden."

„Ich werde gehen."

„Warum bist du überhaupt gekommen?" fuhr sie jäh auf.

„Warum ich — kam?"

„Du wußtest doch, daß zwischen dir und deiner Familie die Mauern des Gefängnisses stehen. An jenem Tag, an welchem das Gericht sein Schuldig über dich ausgesprochen hatte, war unsere Gemeinschaft zu Ende. Was willst du also noch? Weshalb kamst du?"

„Warum ich kam?" wiederholte Decker wehmütig. Und innig und prunklos antwortete er:

„Weil ich nach den Kindern Sehnsucht hatte — und — nach dir."

„Und an die Schande dachtest du nicht? Einmal schon mußten wir vor ihr fliehen, mußten wir deswegen unsere Heimat und unsere Freunde verlassen und auch hierher verfolgt du uns, auch von hier willst du uns vertreiben."

„Ich wußte, daß ich unschuldig bin."

„Wer glaubt daran?"

„Ja, ja! Wer glaubt daran!"

„Es spricht zu viel dagegen."

Decker schüttelte den Kopf.

„Freilich! Freilich!"

„Weißt du, was ich mir manchesmal denke?" fragte er, vor seiner Frau stehen bleibend.

„Was?"

„Daß es eine Dummheit ist, ein ehrlicher Mensch zu sein."

„Nun ja — du kannst freilich so etwas denken."

„Kommt es denn wirklich darauf an, daß man es ist? Man ist doch das, wozu einen die Menschen machen."

„Man ist das, wozu man sich selbst macht," wies sie ihn schroff ab.

„Hm! — Du kannst ein Gauner vom Wirbel bis zur Zehe sein, wenn du nur über keinen Paragraphen stolperst, wenn du dich nur immer recht höflich vor dem Codex verbeugst."

„Das verstehe ich nicht, wie einer, der das Gesetz achtet, schlecht sein soll."

„Die Verbrecher, die das Gesetz bestraft, sind ja oft nur eine Folge jener, welche es schirmend unter seine Fittiche nimmt."

„Es soll wohl die Diebe und Mörder beschützen?"

„Das ist ein Spektakel, wenn so ein armer Teufel, dem der Hunger die Besinnung aufgefressen hat, in eine ge[illegible]e Börse greift. Darum aber, daß er tausendfach bestohlen ist, kümmert sich keine Katze."

„Platz dem Verbrechen!"

„Nein! aber — Platz der wahren Gerechtigkeit."

„Die das Verbrechen duldet."

„Die sein Verbrechen duldet."

„Die dich freigesprochen hätte."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gen, es wurde eine Kommission von Gonzenheimer Bürgern gebildet, die bis nachts um 2 Uhr tätig war, sie durchsuchte alle Ecken der geräumigen Villa und fand bis jetzt einen Barbetrag von 508 492 Mark. Am Morgen wurde noch seiner Haushälterin auf dem Wege nach dem Krankenhaus eine Tasche mit 120 000 Mark Inhalt abgenommen. Uneröffnet sind noch Hunderte von Einschreibebriefen, die während der Woche gekommen waren, auch die werden noch sehr viel Geld enthalten. Rechnet man den Wert der Villa hinzu, so kann das Vermögen, das der Wunderdoktor hinterlassen, auf etwa eine Million geschätzt werden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 4. Mai. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 49 Ochsen, 13 Bullen, 110 Jungbullen, 124 Jungrinder, 179 Kühe, 402 Kälber, 746 Schweine, 24 Schafe und 4 Ziegen, die sämtliche verkauft wurden. Erlöst wurden aus einem Zentner Lebendgewicht Ochsen 1. 2400 bis 2650, 2. 1700 bis 2100, Bullen 1. 2000 bis 2150, 2. 1700 bis 1900, Jungrinder 1. 2400 bis 2650, 2. 2000 bis 2200, 3. 1700 bis 1950, Kühe 1. 1700 bis 1950, 2. 1300 bis 1550, 3. 900 bis 1100, Kälber 1. 2600 bis 2700, 2. 2350 bis 2550, 3. 2000 bis 2250, Schweine 1. 2800 bis 2900, 2. 2200 bis 2700 M. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh belebt, bei Schweinen lebhaft, bei Kälbern langsam.

Stuttgart, 4. Mai. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Häute- und Fellauktion trat bei Kalbfellen ein Abschlag von 20 Prozent ein. Im einzelnen wurden bezahlt für Ochsenhäute (bis zu 29 Pfund) 48,10 bis 48,40 M., Rinderhäute 50,15 bis 40 M., Kuhhäute 30 bis 49 Pfund) 41,10 bis 43,50 M., Farrenhäute (bis 29 Pfund) 50,50 M., für Kalbfelle 37 bis 79,95 M., Fresserfelle 53,05 M., Hammelfelle 27,55 M., getrocknet 35,80 M.

Ulm, 4. Mai. Dem Schlachtviehmarkt waren zugetrieben: 23 Stück Großvieh, 20 Kälber, 28 Schweine. Erlös aus je einem Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 2400 M., Bullen 1. 1800 bis 2000 M., Jungrinder 1. 2300 bis 2550 M., 2. 1900 bis 2150, Kühe 2. 1200 bis 1500, 3. 800 bis 1000, Kälber 1. 2800 bis 2900, 2. 2400 bis 2600, Schweine 1. 2500 bis 2650, 2. 2300 bis 2450 M. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, bei Kälbern lebhaft.

Neueste Nachrichten.

München, 4. Mai. Die bayerische Regierung hat den Reichspräsidenten Ebert zum Besuch der Deutschen Gewerbeschau eingeladen. Der Reichspräsident hat die Einladung angenommen, sich aber die Bestimmung des Tages seines Besuches vorbehalten.

Nürnberg, 4. Mai. Bei einer Nürnberger Bank ist ein 16½jähriger Lehrling verschwunden, der folgende Werte mitgenommen hat: Eine Tausend-Dollarnote, 17 000 Francs belgische Noten, 1000 Francs französische Noten, 1500 Lire italienische Noten, eine Million Kronen deutsch-österreichische Noten (Stücke zu 10 000 Kronen), 3060 Francs schweizerische Noten.

Berlin, 5. Mai. Nach dem Urteil der Morgenblätter ist der Proteststreik der städtischen Arbeiter völlig zusammengebrochen. In allen städtischen Werken hatten sich die Arbeitswilligen so zahlreich eingefunden, daß die Notstandsarbeiten ausreichend durchgeführt werd enkonnten. — Wie der Oberbürgermeister Böß der „Vossischen Zeitung" mitteilt, ist unbedingt damit zu rechnen, daß die städtischen Arbeiter zur heutigen Frühschicht wieder vollzählig in den Werken erscheinen. Die zum Lohnkartell gehörenden Gewerkschaften haben gestern abend gemeinsam mit den Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die von den Kommunisten angestrebte Verlängerung des Proteststreiks keineswegs stattfinde und daß auch in der Privatindustrie im Laufe des heutigen Tages unbedingt die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Berlin, 4. Mai. Staatssekretär Bergmann befindet sich in Paris behufs Fühlungnahme über die schwebenden Fragen. — Ein bestimmter Zahlungsvorschlag unsererseits liegt nicht vor. — Vom 1. Juni ab soll die Stärke der englischen Besatzungstruppen nur noch 21 Infanteriebataillone und zwei Kraftflugbatterien betragen. — Nach Straßburger Meldungen soll die wieder aufgebaute Hohkönigsburg zum französischen Nationaldenkmal zur Erinnerung an die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringen umgestaltetwerden.

Berlin, 5. Mai. In der gestrigen Sitzung des Reichsrats hielt Ministerialdirektor Sachs bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung für 1922 einen Vortrag, in dem er sagte, die Reichsregierung glaube auf Grund von neuen Veranschlagungen gegenüber den vorgesehenen 40 Milliarden neuer Steuern ein Plus von 9,8 Milliarden, insgesamt also rund 50 Milliarden erwarten zu dürfen. Gegenüber diesem Mehrertrag werden jedoch Mehrausgaben von 5,2 Milliarden vorgesehen, so daß 4,6 Milliarden verfügbar bleiben, die insbesondere dazu dienen sollen, die Bezüge der Militär- und Sozialrentner aufzubessern. Der Reichsrat erteilte sein Einverständnis mit diesen Abänderungen.

London, 4. Mai. Die Blätter melden über die Kämpfe zwischen den irischen Freistaatstruppen und den Rebellen, daß das Schloß Ormonde, das letzte Bollwerk der Rebellen, nach heftigem Kampfe von den Truppen des irischen Freistaats wieder genommen worden ist. Seit Beginn des Kampfes am Dienstag vormittag haben die Freistaatstruppen 250 Gefangene gemacht. Zwischen den Vertretern der irischen regulären und der irischen irregulären Streitkräfte ist im Dubliner Rathaus ein Waffenstillstand von heute nachmittag 4 Uhr bis Montag nachmittag 4 Uhr zustande gekommen.

Zum Kampf in der Metallindustrie.

Stuttgart, 4. Mai. In einer Demonstrationsversammlung der Metallarbeiter auf dem Schloßplatz wurde eine Entschließung gegen den Vergleichsvorschlag des Oberbürgermeisters Lautenschlager angenommen, weil er eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Unternehmer enthalte und die sofortige Zurücknahme dieses Vorschlags in aller Oeffentlichkeit gefordert. In einer weiteren Entschließung beauftragten die Streikenden, deren Wortführer der Kommunist Krauß war, den Vorstand, den Kampf in verschärfter Form weiterzuführen.

Stuttgart, 4. Mai. In Ludwigsburg haben in den letzten Tagen scharfe Auseinandersetzungen innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes stattgefunden, worauf die Belegschaften der dortigen Metallwarenfabriken den Beschluß gefaßt haben, Donnerstag, den 4. Mai, die Arbeit unter Anerkennung der 48-Stunden-Woche wieder aufzunehmen. Die Arbeiter erschienen heute auch vollzählig zur Arbeit. Der Metallarbeiter-Verband hatte vor jede Fabrik einige hundert auswärtige Arbeiter dirigiert, die mit Gewalt das Betreten der Fabrik unmöglich machten. Es wird Sache der Staatsregierung sein, diese Bedrohung arbeitswilliger Arbeiter mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln zu verändern. — Die Ortsgruppen Aalen, Ravensburg und Friedrichshafen des christlichen Metallarbeiterverbandes haben den Beschluß gefaßt, den Vergleichsvorschlag des Oberbürgermeisters Dr. Lautenschlager anzunehmen, da sie ein Weiterstreiken wegen der Arbeitszeitfrage für unverantwortlich halten.

Mannheim, 4. Mai. Im Schloßhof fand eine Versammlung der streikenden Metallarbeiter statt, bei der Gewerkschaftssekretär Brümmer den Arbeitern namens der Streikleitung empfahl, den Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums als Vermittlungsbasis anzuerkennen, wie das von den württembergischen und bayerischen Metallarbeitern geschehen sei. Lebhafte Zwischenrufe aus der Versammlung zeigten aber, daß die Streikenden diesem Vorschlag nicht zustimmten.

Prozeß Fechenbach.

München, 4. Mai. Im weiteren Verlauf seines Plaidoyers führte der Verteidiger Graf Pestalozzi weiter aus, ohne die Mitwirkung von unanfechtbaren Sachverständigen wäre man nie in der Lage gewesen, den Prozeß so zu führen, wie er geführt werden konnte. Seine Partei habe alles getan, um eine sachliche Klärung herbeizuführen. Aber sie habe jede Taktik beiseite gelassen. Die Publikation von Eisner sei als offizielle Regierungsveröffentlichung verbreitet und von den Feinden als Schuldbeweis verwertet worden. In der Frage der Fälschung falle es auf, daß Rechtsanwalt Löwenfeld das Telephonat des Grafen Lerchenfeld in keiner Hinsicht berührt habe. Für beide Fälschungen könne nur eine beabsichtigte und bewußte Fälschung angenommen werden. Hinsichtlich der Person des Privatklägers vertritt Graf Pestalozza den Standpunkt, daß Fechenbach als Mittäter oder als Gehilfe der Fälschung in Betracht komme. Dem Beklagten habe der Vorsatz, Fechenbach zu beleidigen, vollständig gefehlt. — Rechtsanwalt Dr. Warmuth stellt an die Spitze seines Plaidoyers den Satz: Jeder Deutsche, der heute noch die Fiktion von Deutschlands Alleinschuld am Kriege aufrecht erhalte, stelle sich außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft. Einer herben Kritik unterzog er dann eine Reihe von Persönlichkeiten, die im Laufe des Prozesses besonders hervorgetreten sind, wie Professor Förster, Dr. Muckle u. a. m. Er betonte, daß die von der Gegenpartei erwartete Sensation auf Grund eines nicht vorhandenen Gesandtschaftsberichtes in das Wasser gefallen sei infolge der Bekundungen des Staatsrats von Lößl. Die bayerische Regierung habe diesen Zeugen von der Wahrung des Dienstgeheimnisses entbunden und damit gezeigt, daß sie keine Veranlassung habe, irgend etwas zu verdunkeln. Im übrigen kam Rechtsanwalt Warmuth zu den gleichen Ergebnissen wie Rechtsanwalt Pestalozza.

München, 5. Mai. Im Prozeß Fechenbach fand heute die Schlußsitzung statt. Die Urteilsverkündung erfolgt am Donnerstag, den 11. Mai nachmittags 4 Uhr.

Rücktritt des braunschweigischen Ministeriums.

Braunschweig, 4. Mai. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde in der fortgesetzten Beratung des Berichts des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein Antrag Käfer vom Landeswahlverband: „Der Landtag möge beschließen: Das Staatsministerium besitzt das Vertrauen des Landtags", in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Hierauf zog sich der Aeltestenausschuß zur Beratung zurück. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde die erste Lesung des Etats ohne Aussprache angenommen und der Etat dem Finanzausschuß überwiesen. Darauf erklärte Minister Antrick, daß er und seine Kollegen die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterführen würden. Hierauf vertagte der Präsident den Landtag bis auf weiteres.

Dr. Hermes' Berichterstattung über Genua.

Berlin, 4. Mai. Zu den gestrigen Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit den Parteiführern wird noch bekannt: Dr. Hermes behandelte vor den Parteiführern in der Hauptsache wirtschaftliche und finanzielle Fragen. Von dem Vertrag von Rapallo ist nur insofern die Rede gewesen, als Dr. Hermes feststellte, daß die Mißstimmung, die wegen des Vertrags hauptsächlich bei einem Teil der Neutralen entstanden ist, wieder normalen Beziehungen gewichen, sodaß wiedrum ein gutes Einvernehmen herrscht. In der Hauptsache sprach der Minister von den Valutafragen, über die Stabilisierung der Mark und über die Kreditfragen. Er bemerkte dabei, daß Deutschland in der Finanzkommission von Genua eine Reihe von Vorschlägen gemacht habe, die der Konferenz so wichtig erschienen wären, daß sie in ein offizielles Protokoll aufgenommen worden seien, und demnächst wieder veröffentlicht werden würden. Was die Frage einer internationalen Anleihe betrifft, so gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine Anleihe im Höchstbetrag von vier Milliarden Mark aufzunehmen. Weiter wurde noch über den eventuellen Zusammentritt des Reichstages gesprochen, wobei der Minister dem Wunsche des Reichskanzlers Ausdruck gab, daß der Reichstag vorläufig nicht zusammentreten solle, solange die Konferenz von Genua noch andauere.

Die Besoldungsfrage vor dem Beamten-Ausschuß.

Berlin, 4. Mai. Im Beamtenausschuß des Reichstags gab Ministerialdirektor von Schlieben über den Stand der Besoldungsfrage eine Erklärung ab. Er berichtete über die bekannten Forderungen der Spitzenorganisationen, die wegen ihrer nivellierenden Wirkungen abgelehnt werden mußten und betonte, daß eine Annäherung auf mittlerer Linie fast erreicht worden sei. Bedauerlicherweise sei dennoch eine Einigung mit den Spitzenorganisationen nicht zu erreichen gewesen. Die Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit den Ländern nach wie vor bereit, zu den bestehenden Bezügen einen allgemeinen Zuschlag von 35 Prozent und einen Zuschlag auf die ersten 10 000 M. von 25 Prozent zu geben, so daß insgesamt 65 Prozent und 120 Prozent vom 1. Mai an zu zahlen wären. Auf eine Frage der Unabhängigen, was die Entente zu den hohen Gehältern der obersten Beamten sage, antwortete ein Regierungsvertreter, daß der deutsche Reichswehrminister etwa drei Viertel des Einkommens eines einfachen englischen Soldaten in Berlin habe.

Handgemenge im Preußenparlament.

Berlin, 4. Mai. In der heutigen Landtagssitzung, die kurz nach ½1 Uhr begann, kam es vor der Beratung der Berliner Krawalle sofort wieder zu großen kommunistischen Szenen. Ein kommunistischer Redner protestierte gegen die Unterbringung der Schutzpolizei in der Umgebung des Landtages. Als in demselben Moment ein Offizier der Schutzpolizei den Sitzungssaal betrat, erhob sich ein wüster Tumult. Abgeordnete der Linksparteien stürmten auf die Regierungsbank, wo es zu einem wüsten Handgemenge kam. Darauf wurde die Sitzung abgebrochen.

Berlin, 4. Mai. Minister Severing erklärte, daß nach amtlicher Feststellung ein Hauptmann und 62 Mann, ein Leutnant und zwölf Berittene das ganze Aufgebot gebildet hätten. Zum Gebrauch der Waffe sei es nicht gekommen, sondern erst als ein Unterbeamter angegriffen worden sei, was seine Kameraden als Signal angesehen hätten. Dem guten Zureden der Polizei wäre es ebensowenig gelungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten wie den Ordnern. Er werde nicht das Versammlungs- und Demonstrationsrecht der städtischen und anderen Arbeiter beschränken, aber diese Freiheit dürfe nicht auf Kosten derer gehen, die zur parlamentarischen Vertretung der Bevölkerung berufen seien. Er werde mit den Gewerkschaften verhandeln, um mit ihrer Hilfe weitere Zusammenstöße zu verhindern.

Vom französischen Kabinettsrat.

Paris, 4. Mai. Ueber die heute Vormittag stattgefundene Kabinettssitzung verbreitet Havas eine halbamtliche Note, in der gesagt wird, der Kabinettsrat habe einstimmig den Abschluß eines Paktes, der den gegenseitigen Nichtangriff der Staaten sicher stellt, angenommen unter der Bedingung, daß Rußland dem zustimme. Das ganze Interesse des neuen diplomatischen Aktes bestehe tatsächlich darin, daß Rußland sich verpflichten werde, seine Nachbarn nicht anzugreifen, und daß das für zehn Jahre als endgültig angesehen werde, was als territoriales Regime durch den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt sei an dem Rußland nicht teilgenommen habe, Deutschland ebenso demgegenüber verpflichtet, die festgesetzten Grenzen zu respektieren. Der Pakt dürfe dem Recht auf Sanktionen, das die Alliierten aus dem Friedensvertrag von Versailles herleiten, für den Fall, daß Deutschland sich einer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen schuldig mache, nicht Abbruch tun. Es müßten ferner die großen internationalen Verpflichtungen erfüllt werden, durch die die Habsburger und Hohenzollern vom Thron entfernt worden seien, auch die Abkommen von Macht zu Macht, beispielsweise das französisch-belgische Abkommen oder das Abkommen, das die kleine Entente bindet. Es dürften keine Entwaffnungsmaßnahmen aufgezwungen werden, als die, die Artikel 8 des Völkerbundspaktes vorsieht. In besonderer Weise müsse übrigens der neue Vertrag die Verpflichtungen ersetzen, die Artikel 10 des Völkerbundsstatuts vorsehe, indem er gegebenenfalls die Mächte, die wie Deutschland und Rußland noch nicht dem Völkerbund angehören, verpflichte.

Die Konferenz in Genua.

Besprechungen Lloyd Georges mit den deutschen Delegierten.

Genua, 4. Mai. Heute vormittag fand eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsminister des Aeußern, Dr. Rathenau, einerseits und Lloyd George andererseits statt. Um 10 Uhr begaben sich Wirth und Rathenau nach Quinte, wo sie von dem englischen Premierminister sofort empfangen wurden. Die Unterredung dauerte zwei Stunden und wurde noch im Laufe des Nachmittags fortgesetzt. Gegenstand der Besprechung war die allgemeine Lage. Lloyd George ließ sich eingehend über die inneren Verhältnisse und über die finanzielle Lage Deutschlands informieren. In deutschen Delegationskreisen glaubt man, daß auch darüber gesprochen wurde, welche Haltung Deutschland gegenüber Sanktionen und Maßnahmen einnehmen solle, mit denen Frankreich für den Fall der Nichterfüllung am 31. Mai droht. In allen Delegationskreisen wird auf diese Besprechungen große Wichtigkeit gelegt. Man nimmt an, daß auch die russische Frage berührt wurde. In italienischen Kreisen will man sogar wissen, daß Lloyd George die Russen durch die Deutschen beeinflussen will, das Dokument ohne Schwierigkeiten anzunehmen.

Berlin, 5. Mai. Die Blätter messen der gestrigen Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth, dem Minister des Aeußern Dr. Rathenau und Lloyd George eine große politische Tragweite bei. An der Aussprache, die den Charakter einer förmlichen Sitzung trug, nahmen auf engl. Seite noch Lord Birkenhead, Sir Worthington Evans und Sir Maurice Hankey teil. Bei der Besprechung wurden alle Probleme berührt, die bisher die Konferenz beschäftigt haben. Der Reichskanzler schildert ausführlich in sehr ernsten Darlegungen die Lage in Deutschland und äußerte im Zusammenhang damit die Absicht, nach Berlin zu reisen. Lloyd George bewog darauf in eindringlicher Weise den Reichskanzler, die Abreise nach Berlin aufzuschieben, was dieser, nach den Berichten der Blätter, auch zugesagt haben soll. Es wurde schließlich verabredet, die Aussprache in einigen Tagen unter Hinzuziehung des französischen Delegierten Barthou nach dessen Rückkehr fortzusetzen. Im Anschluß an die Besprechung mit der englischen Delegation hatte Dr. Rathenau eine Unterredung mit dem italienischen Minister des Aeußern Schanzer.

Scharfe Kritik an der französischen Gewaltpolitik.

Paris, 4. Mai. Der sozialistische „Populaire" schreibt: „Wenn Frankreich in der Frage der vollen Rückerstattung des fremden Besitzes in Rußland die unnachgiebige Haltung Belgiens einnimmt, so treibt es vorsätzlich zum Bruch mit England und Italien in einem Hauptpunkt des Memorandums. Dadurch spielt es der Sowjetregierung in die Karten, die daran interessiert ist, die Eifersüchteleien der bürgerlichen Staaten auszubeuten. Ohne Unterschrift der Franzosen und Belgier wird den Engländern und Italienern nur übrig bleiben, mit den Russen Rapallo-Verträge zu schließen." Die kommunistische „Humanitee" sagt, Frankreich und Belgien vereinigten sich in der Absicht, das Schiff der Konferenz von Genua, wie sich Lloyd George so gern ausdrücke, endgültig zu versenken. „Ere Nouvelle" schreibt, Frankreich werde sich nicht von Belgien trennen, wohl aber von England. Wird es die Verantwortung auf sich nehmen, den Fehlschlag der Konferenz zu verursachen? Das Land fühlt dunkel, daß eine politische Komödie mit zweifelhaften Verwicklungen gespielt wird, die plötzlich zum Drama führen kann.

London, 3. Mai. Die „Westminister Gazette" berichtet aus Genua, daß die Haltung der Franzosen in der russischen Frage einen katastrophalen Eindruck gemacht habe. Die französische Delegation habe niemals so klar gezeigt, daß ihre Mitwirkung nicht aufrichtig sei. — „Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel, es bleibe abzuwarten, ob der in Genua angenommene französische Abänderungsantrag die Befürchtungen Poincarés beheben werde. Wenn nicht, so werde Frankreich für das Scheitern der Konferenz, soweit die russische Frage in Betracht komme, verantwortlich sein, da Frankreich vorziehe, die Sowjetregierung eine Reihe von Sonderverträgen abschließen zu lassen, statt sie durch gemeinsames Vorgehen in das europäische System einzubeziehen. — „Daily News" schreiben, wenn Genua nichts weiter erreicht habe, so habe es doch klargelegt, daß bei den Franzosen die Ursache der Uebel liege, die das europäische Leben ersticken.

Stammholz-Verkauf.

Aus dem Gemeindewald werden am **Mittwoch, den 10. ds. Mts., nachmittags 7 Uhr**, im Rathaus in 23 Losen öffentlich versteigert:

221 Buchen mit 69,87 Fm.,
203 Eichen mit 57,48 Fm.,
1 Kirschbaum mit 0,66 Fm.,
5 Birken mit 1,34 Fm.

Nähere Auskunft und Losverzeichnisse durch den **Waldmeister.**

Birkenfeld, den 4. Mai 1922.

Gemeindepflege:
Schmidt.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma **Baer & Elend**, Karlsruhe i. B.

5 Proz. Kriegsanleihe . .	77½		Allgem. El. Akt.	670
4 „ Bad. Eisenb. Anl.	78		Paketfahrt „	410
3½ „ do. conv.	69½		Nordd. Lloyd Akt. . . .	328
4 „ Bayern	84½		Phönix Akt.	1124
„ Württemberger .	82		Bad. Anilin u. Soda Akt.	730
			Deutsche Kali-Akt. . .	1825

Devise Schweiz 100 Francs = Mk. 5680
„ Holland 100 Gulden = Mk. 11100½

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ottenhausen.

Stammholz- und Stangenverkauf.

Aus dem hiesigen Gemeindewald kommen am

Mittwoch, den 10. Mai 1922

im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

19 Stück Forchen mit: 1,73 Fm. IV., 2,00 Fm. V. Kl. Langholz; 1,63 Fm. I., 6,39 Fm. II. und 1,10 Fm. III. Kl. Sägholz.

73 Fichten und Tannen mit: 0,92 Fm. III., 6,74 Fm. IV., 8,69 Fm. V. und 3,77 Fm. VI. Klasse Langholz.

39 Stück Eichen mit: 2,04 Fm. III., 5,05 Fm. IV., 3,84 Fm. V. und 1,01 Fm. VI. Klasse.

1 Buche mit 0,79 Fm. III. Klasse.

23 Birken mit: 1,99 Fm. V. und 3,22 Fm. VI. Klasse.

103 Bau-, 767 Hag-, 74 Hopfen-, 5 eichene Derbstangen und 5 Rebstecken.

Zusammenkunft vormittags ½9 Uhr beim Rathaus. Auszüge erteilt Waldhüter Großmann.

Den 3. Mai 1922.

Gemeinderat.

Württ. Waldbesitzerverband.

Nadelstammholz-Verkauf

am 9. Mai 1922

aus den Waldungen der Gemeinde **Calmbach.**

Los 1 aus Abt. 17 Köpfle, Nr. 486—540:

55 Forchen mit insgesamt 94,77 Fm.: Langholz N.: 8,17 I., 19,49 II., 5,51 III., 0,63 IV. Kl. Langholz A.: 8,42 I., 44,13 II., 7,68 III., 0,74 IV. Klasse.

Los 2 Nr. 541—570:

30 Forchen mit insgesamt 54,08 Fm.: Langholz N.: 13,43 I., 8,50 II., 4,05 III., 0,53 V. Klasse. Langholz A.: 5,61 I., 17,43 II., 2,18 III., 2,35 IV. Klasse.

Los 3 Nr. 571—596, 601—619:

45 Forchen mit insgesamt 66,60 Fm.: Langholz N.: 15,34 I., 12,45 II., 2,83 III., 0,46 V. Kl. Langholz A.: 11,13 II., 2,35 III. Kl. Sägholz N.: 1,94 I., 4,77 II., 0,57 III. Kl. Sägholz A.: 1,21 I., 12,89 II., 0,66 III. Kl.

Los 5 Nr. 408, 416, 419, 421, 425, 429, 434, 436, 444:

9 Tannen mit 11,56 Fm.; Langholz N.: 7,03 III. Kl. A.: 4,35 III. Kl.

Los 6:

43 Tannen mit insgesamt 25,10 Fm.: Langholz N.: 5,43 IV., 9,11 V. Kl. A.: 10,56 IV. Kl.

Los 7:

34 Tannen mit insgesamt 45,82 Fm: Langholz N.: 2,91 I., 1,71 II., 1,83 IV. Kl. Langholz A.: 5,45 I., 15,83 II., 6,75 IV. Klasse. Sägholz A.: 1,67 I., 7,14 II., 1,54 III. Kl. Sägholz N.: 0,99 II. Kl.

Los 8 Nr. 451—467:

17 Tannen mit insgesamt 4,11 Fm.: Langholz N.: 4,11 VI. Klasse.

Los 9:

13 Tannen mit insges. 18,42 Fm.: Langholz N.: 8,78 III. Kl. A.: 9,64 III. Kl.

Los 10 aus Abt. 10 f a Jörglesriß

mit 17 Tannen mit insgesamt 22,54 Fm.: Langholz N.: 3,19 I., 1,83 II., 1,04 V. Kl. A.: 2,90 I., 4,59 II., 1,48 IV. Kl. Sägh. A.: 5,47 II., 1,25 III. Kl. N.: 0,79 I. Kl.

Los 11 Nr. 626—638:

13 Forchen mit insgesamt 26,83 Fm.: Langholz N.: 7,53 I., 4,75 II. Kl. Langh. A.: 3,35 I., 11,20 II. Kl.

Los 13 Nr. 673—683:

11 Forchen mit insgesamt 14,29 Fm.: Langh. N.: 2,27 I. Klasse. A.: 10,36 II., 1,31 III., 0,45 IV., Kl.

Los 14. Abt 5a Unter Tav.:

21 Tannen mit insgesamt 6,60 Fm.: Langholz N.: 0,63 IV., 1,48 V., 2,03 VI. Kl. Sägh. A.: 2,46 II. Kl.

Als Bedingungen gelten die staatlichen Holzverkaufsbedingungen. Schriftl. Angebote sind bis spätestens **Dienstag, den 9. Mai, vorm. 11 Uhr,** an die **Geschäftsstelle des Württemb. Waldbesitzerverbands, Stuttgart,** Büchsenstr. 62, Fernruf 5744, zu richten.

Fuhrunternehmer-Vereinigung

des Bezirks Neuenbürg u. Umgebung.

Mais

ist eingetroffen und kann von heute Mittag ab am **Bahnhof in Calmbach** abgeholt werden. Säcke sind mitzubringen.

Wildbad, 5. Mai 1922.

Der Geschäftsführer:
Wilh. Hammer

Niemand lasse sich irre führen beim **Einkauf** von

Stoffresten

für Herrenanzüge, Ueberzieher, Damenmäntel und Kostüme, sowie Konfirmandenstoffe.

Jeder überzeuge sich früher über die Preise und Qualität nur bei mir. Für Schneider stets günstige Gelegenheit.

P. Süßmann, Pforzheim, Oestl. 2
Eingang neben Hutgeschäft Meyle.

Allgem. Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Vom 1. Mai 1922 an bis auf Weiteres sind unsere **Schalter** für den Publikumsverkehr geöffnet:

von 8 bis 12 Uhr vormittags,
von 3 bis 5 Uhr nachmittags.

Neuenbürg, den 1. Mai 1922.

Vorsitzender des Vorstands: Fr. Heinzelmann. **Verwaltung:** Dobernek.

An die Metallarbeiter!

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sucht in Nr. 100 der Schwäb. Tagwacht die Tatsache zu beschönigen, daß er den Arbeitern zumuten will, nun wegen der 48 Wochenstunde den Streik fortzusetzen. Deshalb stellen wir fest:

1. Tatsache ist, daß Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager seine Absichten **zuerst** dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eröffnete und erst **als dessen Vertreter keine grundsätzlichen Bedenken äußerte,** wandte er sich auch an die Arbeitgeber.

2. Den Vorschlag des Reichsarbeitsministers erhielten wir erst am Nachmittag des 28. April. Hat ihn denn der Metallarbeiter-Verband **früher** erhalten? **Woher** will er denn **„bestimmt wissen"** daß und wann er an das Wolffs'-Büro gegeben wurde? Hier scheint allerdings **„Arbeit hinter den Kulissen"** vorzuliegen, aber nicht von unserer Seite aus.

3. Wenn der Lautenschlager'sche Vorschlag die 48 Stundenwoche ab 1. Juni vorsieht, so schließt er sich damit nicht einem „Diktat der Unternehmer" an, sondern er gibt eben der Ueberzeugung Ausdruck, zu der noch **alle süddeutschen Schlichtungsausschüsse** — München, Stuttgart, Karlsruhe, Konstanz und Frankfurt — gekommen sind, die sich mit der Frage der wirtschaftlichen Notwendigkeit der 48 Stundenwoche für die süddeutsche Metallindustrie befaßt haben. Auch der Vergleichsvorschlag des Arbeitsministers Keil hat die 48 Stundenwoche vorgesehen, wozu also die Entrüstung, wenn der Stuttgarter Oberbürgermeister dasselbe tut.

4. **Endlich gibt der Metallarbeiter-Verband offen zu, daß nur die Arbeitszeitfrage** ihn davon abhält, den Streik zu beenden. Den Arbeitern hat man bisher in den Versammlungen etwas anderes erzählt und in der Presse hat der Metallarbeiter-Verband bisher sich energisch gegen unseren Vorwurf gewehrt, er streike hauptsächlich wegen der Arbeitszeit. Merken die Arbeiter, wer recht hatte?

5. In der Lohnfrage gibt der Metallarbeiterverband endlich zu, daß die Tarifsätze Mindestlöhne sind und daß die tatsächlichen Verdienste höher liegen. Er versucht nur noch den Ueberverdienst kleiner erscheinen zu lassen, als wir angegeben haben. Wir sind in der Lage, die Richtigkeit unserer Angaben zu beweisen. Im übrigen kennt jeder Arbeiter seinen Stundenlohn und seinen Akkordverdienst und kann selbst ausrechnen, was es bedeutet, wenn jetzt die Teuerungszulagen für den verheirateten Arbeiter auf 12 ℳ erhöht werden. Er weiß, daß sich damit bei 48stündiger Arbeitszeit ein **Wochenlohn von 960 ℳ** ergibt, d. h. ein **Jahresverdienst von 49920 ℳ.**

6. Zum Schluß deutet der Metallarbeiter-Verband, nachdem er die Arbeiter gegen eine kümmerliche Streikunterstützung um den Verdienst von 7 Wochen gebracht hat, auf die Arbeitgeber und ruft nach bewährtem Rezept „haltet den Dieb!" Demgegenüber genügen die Fragen:

Wer hat den Schiedsspruch vom 24. Febr. angenommen?
Die Arbeitgeber, weil sie den Kampf nicht wollten.

Wer hat den Schiedsspruch vom 24. Febr. abgelehnt?
Der Metallarbeiter-Verband, weil er den Kampf wollte.

Wie ist der Kampf entstanden?
Der Metallarbeiter-Verband hat zuerst 45000 Arbeiter in den Streik gesetzt, erst dann haben die Arbeitgeber zur Abwehr den Rest ausgesperrt.

Verband Württembergischer Metallindustrieller E. V.

Renforce und Finette,
Voile, weiß und koralle,
Seidenbatiste,
Kammgarn-Cheviot

in verschiedenen Farben,

Buckskin (Nouveautes),
Satin, Regattes

für Knaben-Blusen und -Anzüge
empfiehlt

Karl Blaich, Feldrennach,

Telefon Nr. 5.

Wer verkaufen will, muß inserieren!

Deutscher Werkmeister-Verband

Bezirksverein Neuenbürg.

Sonntag, 7. Mai

Vereins-Ausflug

nach **Wildbad** (Sommerberg.) Zugleich Bekanntgabe der wichtigsten Verbandsangelegenheiten. Sämtliche Mitglieder mit ihren Angehörigen sind freundlichst eingeladen.

Abfahrt 12.41 Neuenbürg.

Der Vorstand.

Wir nehmen noch tüchtige

Bügelmacher, Pollisseusen, Bürsterinnen u. Börsenmacherinnen

an.

Heinrich Scholl A.-G.,
Abt. A.
Filiale **Neuenbürg/Enz.**

Neuenbürg.
Prima hausgemachte

Leber- und Griebenwurst,

das ¼-Pfund ℳ 10.— empfiehlt

Ferdinand Stengele, Gasthaus z. „Schiff". Tel. 81.

Am Sonntag frisch gekochten Schinken.

Statt Karten!

Birkenfeld.

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am

Sonntag, den 7. Mai 1922
im Gasthaus zum „Adler" in Birkenfeld

stattfindenden

Hochzeits-Feier

laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte herzlichst ein.

Alfred Holzschuh, Birkenfeld. **Anna Müller,** Birkenfeld.

Kirchgang 11 Uhr.

Visitenkarten

liefert rasch und billig
die **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

Württ. Schwarzwald-Verein
Bez.-V. Neuenbürg.

Teufelsmühle

am **7. ds. Mts.** Abfahrt 7.51 v. Stadtbahnhof. Tagesration mitnehmen.

Neuenbürg.
Zu verkaufen ein

Hochzeitsanzug,

für mittlere Figur passend.
Karl Finkbeiner,
Wildbaderstraße 158

Waldrennach.
Habe eine

Nutz- und Fahrkuh,

34 Wochen trächtig, mit dem 3. Kalb zu verkaufen, tausche auch ein **Rind** dagegen.

Wilhelm Stoll.

Schwarzenberg.
Eine erstklassige, schwere

Nutz- und Fahrkuh,

25 Wochen trächtig, setzt dem Verkauf aus.

Kraft z. „Rößle".

Zu kaufen gesucht:

Haus oder Villa

auch größeres **Land- oder Bauernhaus.**

Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle unter T. 7.

Friseur-Lehrling

wird angenommen.
Wilhelm Maulbetsch,
Friseur,
Pforzheim, Schloßberg 4.

Nettes gewandtes

Mädchen

für bürgerliche Wirtschaft gesucht, das morgens im Haushalt arbeitet und nachmittags und abends serviert. Guter Verdienst und Behandlung.

Angebote unter Nr. 60 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Herrenalb.
Jüngeres

Mädchen

für leichte **Galanteriearbeit** für sofort gesucht.

Paul Römisch,
Galanteriewarenfabrik,
Landhaus Hindenburg.